

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dirk Nockemann, Prof. Dr. Jörn Kruse, Dr. Bernd Baumann,  
Dr. Alexander Wolf, Detlef Ehlebracht, Andrea Oelschlaeger und  
Dr. Joachim Körner (AfD)**

**Betr.: Nach linksextremistischen Ausschreitungen: Endlich auch Aussteigertelefon für Linksextremisten und Islamisten einführen!**

Die Fakten liegen seit langer Zeit auf dem Tisch: Linksextremismus ist kein „aufgebauschtes Problem“, wie zuletzt eindrucksvoll die Ausschreitungen im Zuge des G20-Gipfels in Hamburg gezeigt haben. Auch der Verfassungsschutzbericht des Jahres 2016 weist eine deutlich höhere Anzahl von Straftaten im Bereich PMK-Links aus als im Bereich PMK-Rechts (705 zu 458). Dennoch steht der Aufwand, der im „Kampf gegen rechts“ betrieben wird in einem auffälligen Missverhältnis zu den Bemühungen, die im Kampf gegen Linksextremismus betrieben werden.

Zu diesem Missverhältnis gehört auch, dass es zwar seit Langem ein sogenanntes „Aussteigertelefon“ für Rechtsextremisten gibt, an das sich Angehörige der rechtsextremen Szene oder diesen nahestehende Personen werden können, aber ein solches nicht für Linksextremisten oder Islamisten existiert.

Im Zuge eines verantwortungsvollen Kampfes gegen Extremismus jedweder Couleur ist es aber erforderlich, die bestehenden Mittel und Programme in gleicher Weise einzusetzen.

Die Ausweitung des Aussteigertelefons ist beim Verfolgen dieses Zieles ein notwendiger und leicht umsetzbarer erster Schritt.

### **Die Bürgerschaft möge beschließen:**

Der Senat wird dazu aufgefordert, die behördenübergreifende Telefon-Hotline „Hilfe und Beratung für ausstiegswillige Angehörige der rechtsextremen Szene bzw. Eltern oder Sorgeberechtigte von entsprechend gefährdeten Jugendlichen“ auf den Linksextremismus oder den religiösen Extremismus auszuweiten und sie entsprechend umzubenennen in „Hilfe und Beratung für ausstiegswillige Angehörige der extremistischen Szene bzw. Eltern oder Sorgeberechtigte von entsprechend gefährdeten Jugendlichen“.